



Justizkommission
Commission de justice

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Tätigkeitsbericht 2024 der Justizkommission

Inhaltsverzeichnis

1.	Tätigkeit der Justizkommission.....	3
1.1	Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft	3
1.1.1	Budget 2025 / Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028 der Justiz (BU 2025 / AFP 2026-2028)	3
1.1.2	Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2023 der Justiz	4
1.1.3	Bewilligung von Nebenbeschäftigungen	4
1.2	Vorbereitung der Richterwahlen.....	4
1.2.1	Wiederwahlen der Fachrichterinnen und Fachrichter für das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht für die Amtsdauer vom 1.1.2025 bis 31.12.2030	5
1.2.2	Ersatzwahlen für die Mitglieder der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft	5
1.3	Beratung von Straferlassgesuchen	6
1.4	Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben	6
2.	Antrag der Justizkommission.....	6
ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der JuKo 2024		7

Die Justizkommission (JuKo) orientiert mit vorliegendem Bericht gemäss Artikel 50 Absatz 4 GO¹ über ihre Tätigkeit nach Artikel 38 GO.

1. Tätigkeit der Justizkommission

1.1 Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft

Die JuKo nahm im Jahr 2024 im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte (Obergericht, Verwaltungsgericht) sowie der Generalstaatsanwaltschaft wahr. Nicht Bestandteil der Aufsicht ist die Würdigung der Rechtsprechung der Gerichte bzw. der Strafverfolgung. Vielmehr gilt die Aufsicht der Kontrolle, ob die Geschäftsführung der genannten Justizbehörden gesetzeskonform erfolgt. Das heisst, im Rahmen der Aufsicht muss sichergestellt werden, dass die Behörden über die notwendigen Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen verfügen, um den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsprechung bzw. Strafverfolgung innert den gesetzlichen Fristen erfüllen zu können.

Die beaufsichtigten Gerichtsbehörden wurden von den zuständigen Kommissionsausschüssen im Berichtsjahr einmal besucht. Die Berichterstattung über diese Besuche floss in die beiden Berichte der JuKo über den Geschäfts- und den Tätigkeitsbericht 2023 der Justiz² ein; die Berichte wurden in der Sommersession 2024 im Grossen Rat behandelt.

Die Vorberatung des Geschäftsberichts inklusive Tätigkeitsbericht der Justiz einerseits, sowie zudem des Budgets mit Aufgaben- und Finanzplan der Justiz (BU / AFP der Justiz) andererseits, bildeten im Frühjahr und im Herbst die Schwergewichte der Kommissionstätigkeit.

Die JuKo hat sich im Berichtsjahr mit den folgenden Themen befasst:

1.1.1 Budget 2025 / Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028 der Justiz (BU 2025 / AFP 2026-2028)

Wie schon in den Vorjahren führten die Geschäftsleitung der JuKo und die Justizverwaltungsleitung während des Budgetprozesses einen intensiven Dialog. Anlässlich der Vorberatung des BU 2025 / AFP 2026-2028 durch das Kommissionsplenum im November fand zudem das Treffen zwischen JuKo und Justizverwaltungsleitung statt.

Schwerpunkte der Berichterstattung der JuKo zum BU 2025 / AFP 2026-2028 der Justiz³ bildeten in diesem Jahr erneut die Sach- und Personalaufwendungen. Ein besonderes Augenmerk der Kommission lag auf den von der Justiz neu beantragten 19.7 Stellen (davon 3.4 Stellen befristet). Im Gegensatz zum letzten Jahr, in welchem die JuKo zu den von der Justiz zusätzlich beantragten Stellen einen Kürzungsantrag stellte, sah die JuKo in einer Gesamtwertung keine überwiegenden Gründe für einen erneuten Kürzungsantrag. Der zusätzliche Personalbedarf wurde von der Justiz nachvollziehbar und gut begründet (u.a. aufgrund einer internen Dotationsanalyse der Staatsanwaltschaft, mit welcher der JuKo die Ursachen für den hohen Personalbedarf fundiert aufgezeigt werden konnte). Der Grosse Rat genehmigte das BU 2025 und

¹ Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 4. Juni 2013 (GO; BSG 151.211)

² Bericht der JuKo vom 17.05.2024 zum Geschäftsbericht 2023 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zum Aufsichtsbesuch 2024 sowie Bericht der JuKo vom 17.05.2024 zum Tätigkeitsbericht 2023 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zu den Aufsichtsbesuchen 2024; beide Berichte abrufbar in den Unterlagen zur Sommersession 2024; Traktanden 20/21 und 79/80 (www.gr.be.ch -> Sessionen -> Sommersession 2024 -> Sessionsprogramm und Unterlagen)

³ Vgl. im Detail Bericht der JuKo vom 1. November 2024 zum Budget 2025 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft; abrufbar in den Unterlagen zur Wintersession 2024; Traktanden 59 und 60 (www.gr.be.ch -> Sessionen -> Wintersession 2024 -> Sessionsprogramm und Unterlagen)

den AFP 2026-2028 der Justiz unter Berücksichtigung einer Planungserklärung⁴ der JuKo in der Wintersession 2024.

1.1.2 Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2023 der Justiz

Im Frühjahr 2024 nahm die JuKo den Rechnungsabschluss 2023 der Justiz entgegen. Der Saldo der Rechnung lag CHF 16,9 Millionen unter dem Saldo des Budgets 2023. Die Berichterstattung über den Geschäftsbericht 2023 der Justiz erfolgte in der Sommersession 2024; die Kommission hatte dabei keine besonderen Bemerkungen zum Geschäftsbericht 2023⁵.

Im Frühjahr fanden ferner die jährlichen Aufsichtsbesuche bei der Justizverwaltungsleitung, dem Obergericht, dem Verwaltungsgericht und der Generalstaatsanwaltschaft statt. Die JuKo liess sich dabei über verschiedene Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht 2023 und über weitere aktuelle Themen informieren. Die zugehörige Berichterstattung findet sich im Bericht der Kommission über den Tätigkeitsbericht 2023 der Justiz⁶, welcher in der Sommersession 2024 vom Grossen Rat behandelt wurde.

1.1.3 Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Die hauptamtlichen Mitglieder von Obergericht, Verwaltungsgericht und Generalstaatsanwaltschaft sollen ihr Amt unabhängig ausüben und ihre Arbeitskraft möglichst uneingeschränkt in den Dienst der bernischen Justiz stellen. Die Ausübung aller Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter (während und ausserhalb der Arbeitszeit) ist deshalb für die voll- und teilzeitlich tätigen Richterinnen und Richter des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie für die hauptamtlichen Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft bewilligungspflichtig.

Im Berichtsjahr hat die JuKo in Anwendung ihrer Grundsätze 17 Gesuche um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung oder eines öffentlichen Amtes behandelt. Sämtliche Gesuche wurden bewilligt, davon ein Gesuch für eine befristete Dauer.

1.2 Vorbereitung der Richterwahlen

Für die Vorbereitung der Richterwahlen verfügt die JuKo über einen ständigen Ausschuss, den Ausschuss IV. Im Ausschuss IV ist jede grossrätliche Fraktion mit je einem Mitglied vertreten. Hauptaufgabe des Ausschusses IV ist die Abgabe der Wahlempfehlung zuhanden des Grossen Rates. Der Ausschuss IV beurteilt dafür die Bewerberinnen und Bewerber gestützt auf die Bewerbungsdossiers, die eingeholten Stellungnahmen⁷, die Vorselektion und die Bewerbungsgespräche. Gerade das Einholen von Stellungnahmen bei den entsprechenden Gerichtsbehörden sowie weiteren Instanzen bildet dabei ein wesentliches Kriterium im ganzen Wahlvorbereitungsverfahren. Der Ausschuss IV ist darauf angewiesen, dass die Instanzen ihre Stellungnahmen klar und begründet abfassen.

⁴ Gemeint ist Planungserklärung 16.1 «Planungserklärung Budget 2025 / AFP 2026-2028: Die Justizverwaltungsleitung legt bei künftigen Stellenbegehren eine Gesamtperspektive an den Tag unter Berücksichtigung, dass Stellenschaffungen bei einer Justizbehörde (z.B. Staatsanwaltschaft) auch zu neuen Stellen bei anderen Justizbehörden (insb. Rechtsmittelbehörden ZSG) führen. Sie in formiert bereits bei Stellenbegehren der jeweiligen Justizbehörde so konkret wie möglich über voraussichtlich zusätzlich anfallende Stellen bei anderen Justizbehörden.»; abrufbar in den Unterlagen zur Wintersession 2024 (siehe Pfad in FN 3)

⁵ Vgl. FN 2

⁶ Vgl. FN 2

⁷ Die Stellungnahmen werden insbesondere beim Obergericht, Verwaltungsgericht, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem bernischen Anwaltsverband und dem Verein bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeholt (Art. 21a Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1])

In Bezug auf die miet- und arbeitsrechtlichen Fachrichterinnen und Fachrichter, die Fachrichterinnen und Fachrichter für das Handelsgericht und die Fachrichterinnen und Fachrichter für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten besteht für bestimmte Verbände ein Wahlvorschlagsrecht⁸; der Ausschuss IV unterbreitet die Wahlvorschläge der Verbände in der Regel direkt dem Grossen Rat.

1.2.1 Wiederwahlen der Fachrichterinnen und Fachrichter für das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht für die Amtsdauer vom 1.1.2025 bis 31.12.2030

Per Ende des Berichtsjahrs endete die Amtsdauer der 21 Fachrichterinnen und Fachrichter für das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht. Der Grosse Rat führte in der Herbstsession 2024 die Wiederwahlen für die neue Amtsdauer vom 1.1.2025 bis 31.12.2030 durch. Im Vorfeld der Wiederwahlen wurden die 21 Fachrichterinnen und Fachrichter von der JuKo angefragt, ob sie sich für eine Wiederwahl zur Verfügung stellen möchten oder nicht. In der Folge meldeten sich 16 Fachrichterinnen und Fachrichter für eine Wiederwahl an und 5 Personen demissionierten per Ende der Amtsdauer vom 31.12.2024. Zu allen angemeldeten Personen holte die JuKo bei der Justiz die notwendigen Stellungnahmen ein; aufgrund der positiven Rückmeldungen konnte auf eine Anhörung verzichtet werden. Die JuKo empfahl dem Grossen Rat alle zur Wiederwahl angemeldeten Personen, woraufhin diese im September 2024 vom Grossen Rat in ihrem Amt bestätigt wurden.

Von den 5 abtretenden Fachrichterinnen und Fachrichtern mussten drei Personen ersetzt werden. Die JuKo bereitete die Ergänzungswahlen für die Wintersession 2024 (zwei Vakanz, vgl. in nachfolgendem Kapitel mitaufgelistet) respektive für die Frühlingssession 2025 vor (eine Vakanz).

1.2.2 Ersatzwahlen für die Mitglieder der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft

Im Laufe des Berichtsjahrs fanden folgende Ersatzwahlen⁹ statt, die durch den Ausschuss IV vorzubereiten waren:

- Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten für das Obergericht¹⁰;
- Wahl von zwei deutschsprachigen Mitgliedern für das Obergericht;
- Wahl eines deutschsprachigen Ersatzmitglieds für das Obergericht;
- Wahl von zwei Fachrichterinnen oder Fachrichtern für das Kindes- und Erwachsenenschutzgerichts¹¹;
- Wahl von zwei Mitgliedern für das Verwaltungsgericht, verwaltungsrechtliche Abteilung;
- Wahl einer Generalstaatsanwältin oder eines Generalstaatsanwaltes;
- Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten für die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern¹²;
- Wahl von zwei Richterinnen oder Richtern für das kantonale Zwangsmassnahmengericht;
- Wahl von drei deutschsprachigen Richterinnen oder Richtern für die Regionalgerichte;
- Wahl einer französischsprachigen Richterin oder eines französischsprachigen Richters für die Regionalgerichte;
- Wahl von zwei Laienrichterinnen oder Laienrichtern für die Regionalgerichte;
- Wahl einer Fachrichterin oder eines Fachrichters in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten für die Regionalgerichte.

Für die Ersatzwahlen im Berichtsjahr wurden insgesamt 38¹³ (Vorjahr: 56) Bewerbungsgespräche durchgeführt.

⁸ Siehe Art. 21a Abs. 3 GSOG

⁹ Ohne weiteren Vermerk gelten die Ersatzwahlen für die Amtsdauer bis 31.12.2028

¹⁰ Diese Wahl gilt für die Amtsdauer vom 1.1.2025 bis 31.12.2027

¹¹ Diese Wahl gilt für die Amtsdauer vom 1.1.2025 bis 31.12.2030

¹² Diese Wahl gilt für die Amtsdauer bis 31.12.2025

¹³ Miteingerechnet sind hier auch die 8 Gespräche, die für die Ersatzwahlen für das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht der Wintersession 2024 durchgeführt wurden

1.3 Beratung von Straferlassgesuchen¹⁴

Die JuKo hat die Aufgabe, eingehende Straferlassgesuche (auch Begnadigungsgesuche genannt) zu beraten und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Die Vorberatung innerhalb der Kommission obliegt dem Ausschuss I.

Im Berichtsjahr hatte die Kommission kein Straferlassgesuch vorzubereiten.

1.4 Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben¹⁵

Die JuKo ist für die Behandlung von sämtlichen Petitionen und Eingaben an den Grossen Rat zuständig. Innerhalb der Kommission werden die Petitionen und Eingaben vom Ausschuss II vorberaten. Dabei gilt bezüglich der Behandlung von Petitionen und Eingaben folgende Praxis: Petitionen, welche sachlich klar einer anderen Kommission zuordenbar sind, werden jeweils der betreffenden Kommission zur abschliessenden Behandlung weitergeleitet. Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt im Rahmen des vorliegenden Berichts. Die Behandlung von Eingaben obliegt allein der JuKo. Bei der Prüfung von Eingaben werden bei Bedarf Stellungnahmen eingeholt, welche jeweils in die Beantwortung der Eingaben einfließen.

Im Berichtsjahr sind 2 Petitionen (Vorjahr: 16) eingegangen, von denen eine (Vorjahr: 1) direkt durch die JuKo beantwortet und eine (Vorjahr: 15) an die jeweils sachlich zuständige Kommission zur direkten Beantwortung weitergeleitet wurden. Die sachlich zuständigen Kommissionen beantworteten von der einen (Vorjahr: 15) erhaltenen Petition ebendiese. Die Petitionen, welche 2023 eingingen und damals noch nicht abschliessend behandelt werden konnten, wurden im Berichtsjahr von den sachlich zuständigen Kommissionen erwartungsgemäss erledigt.

Die JuKo nahm im Berichtsjahr 8 (Vorjahr: 6) Eingaben entgegen¹⁶; davon konnte sie bis Ende 2024 alle abschliessen. Abgeschlossen werden konnten ferner die drei Eingaben, die noch vom Vorjahr pendent waren. Nicht eingetreten werden konnte auf weitere drei Eingaben, die anonymisiert eintrafen¹⁷.

2. Antrag der Justizkommission

Die JuKo beantragt dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bern, 2. Mai 2025

Im Namen der Justizkommission:

Die Präsidentin: Manuela Kocher Hirt

Die Sekretärin: Hannah Kauz

¹⁴ Art. 38 Abs. 2 Bst. f GO

¹⁵ Art. 87 Abs. 1 Gesetz über den Grossen Rat vom 4. Juni 2013 (Grossratsgesetz, GRG) i. V. m. Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO

¹⁶ Hier nicht gezählt werden neue Schreiben zu Eingaben, die in den Vorjahren von der JuKo bereits abschliessend behandelt wurden und auf die deshalb nicht mehr reagiert wird

¹⁷ Art. 87 Abs. 5 GRG

ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der JuKo 2024*Personelle Zusammensetzung*

Name	Partei	In der JuKo seit
Kocher Hirt Manuela (<i>Präsidentin</i>)	SP	Juni 2018
Schwarz Jakob (<i>Vizepräsident</i>)	EDU	Juni 2022
Aebischer Verena	SVP	April 2024
Ali-Oesch Katharina	SP	November 2023
Ammann Christa	AL	September 2022
Bohnenblust Peter	FDP	März 2021
Fischer Ruedi	SVP	Juni 2024
Fuchs Thomas	SVP	Juni 2022
Gerber Christine	SVP	Juni 2017 bis Mai 2024
Graf Urs	SP	November 2019 bis April 2024
von Greyerz Nicola	SP	September 2023
Grosjean Claude	GLP	März 2024
Haudenschild Peter	FDP	Juni 2021 bis Mai 2024
Hiltbold Thomas	Grüne	Juni 2022
Jost-Morandi Tamara	GLP	Juni 2022 bis März 2024
Kohli Philip	Die Mitte	Juni 2022
Lerch Martin	SVP	Juni 2022 bis März 2024
Messerli Philippe	EVP	Juni 2022
Riem Bruno	FDP	Juni 2024
Schilt Walter	SVP	Juni 2023
Schneider Sandra	SVP	Juni 2018
Studer Daniel	SP	Juni 2024

Organisation

Geschäftsleitung	gesamte Oberaufsicht und Finanzaufsicht Manuela Kocher Hirt (<i>Präsidentin</i>), Schwarz Jakob (<i>Vizepräsident</i>), Ammann Christa (<i>ab Juni 2024; Ausschussleiterin</i>), Bohnenblust Peter (<i>Ausschussleiter</i>), Gerber Christine (<i>bis Mai 2024; Ausschussleiterin</i>), Graf Urs (<i>bis April 2024; Ausschussleiter</i>), Schilt Walter (<i>ab Juni 2024; Ausschussleiter</i>)
Ausschuss I	Aufsicht Obergericht, Vorberatung Straferlasse Bohnenblust Peter (<i>Ausschussleiter</i>), Messerli Philippe, Schneider Sandra
Ausschuss II	Aufsicht Verwaltungsgericht, Vorberatung Petitionen und Eingaben Gerber Christine (<i>bis Mai 2024; Ausschussleiterin</i>) / Schilt Walter (<i>ab Juni 2024; Ausschussleiter</i>), Ali-Oesch Katharina (<i>ab Februar 2024</i>), Haudenschild Peter (<i>bis Mai 2024</i>), Riem Bruno (<i>ab Juni 2024</i>)
Ausschuss III	Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft Graf Urs (<i>bis April 2024 Ausschussleiter</i>) / Ammann Christa (<i>ab Juni 2024 Ausschussleitung, davor Mitglied</i>), Aebischer Verena (<i>ab Juni 2024</i>), Lerch Martin (<i>bis März 2024</i>), Studer Daniel (<i>ab Juni 2024</i>)
Ausschuss IV	Vorbereitung Richterwahlen Schwarz Jakob (<i>Ausschussleiter</i>), Fuchs Thomas, von Greyerz Nicola, Hiltbold Thomas, Bohnenblust Peter, Stucki Barbara (<i>nicht Mitglied der JuKo, bis März 2024</i>), Grosjean Claude (<i>ab März 2024</i>), Kohli Philip, von Bergen Margret (<i>nicht Mitglied der JuKo; bis August 2024</i>), Philippe Messerli (<i>ab September 2024</i>)

Beanspruchung der Justizkommission 2024

Die JuKo traf sich im Jahr 2024 zu 4 Plenumssitzungen. Die Geschäftsleitung und die ständigen Ausschüsse traten zu 36 Sitzungen zusammen.
